

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 4. Juni 2019 / Mardi matin, 4 juin 2019

Grosser Rat / Grand Conseil

**12 2019.RRGR.43 Übrige Geschäfte
Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik**

**12 2019.RRGR.43 Autre affaire
Déclaration du Grand Conseil sur la politique climatique**

Fortsetzung / Suite

Präsident. (*Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.*) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen. Es ist 9 Uhr. Guten Morgen miteinander. Als erstes möchte ich etwas bekannt geben. Es gibt etwas, das sich ändert. Ich möchte die Geburtstage bekannt geben und gratulieren, und zwar all jenen, die immer das Pech haben, zwischen den Sessionen Geburtstag zu haben. Keine Angst, ich zähle jetzt nicht alle auf, das würde zu lange dauern. Aber ich werde jetzt jeden Tag kurz erwähnen, wer in der Zwischenzeit auch noch Geburtstag hatte. Diesen wird sonst nie gratuliert. Ich möchte nun ganz herzlich gratulieren. Wir gehen nun der Reihe nach. Thomas Knutti hatte am 15. März, also am Tag nach der Session, Geburtstag. Kornelia Häsig hatte am 16. März Geburtstag, Tamara Funciello am 20. März und Erich Hess am 25. März. Ich halte mich jetzt zurück, was Bemerkungen über Sternzeichen betrifft. (*Heiterkeit / Hilarité*) Regina Fuhrer hatte am 27. März, Christa Ammann am 30. März, Peter Salzmann am 31. März und Daniel Bichsel ebenfalls am 31. März Geburtstag. Herzliche Gratulation im Nachhinein an alle, die im März Geburtstag hatten. Voilà. (*Applaus / Applaudissements*)

Wir kommen zu einem kleinen Hinweis betreffend den Ablauf. Ich bitte Sie, gut aufzupassen und die Information allenfalls an diejenigen weiterzuleiten, die es betrifft. Es geht um die Beratung der Traktanden 24 und 25. Es geht um das Einführungsgesetz zum Ausländer- und Integrationsgesetz (EG AIG) und zum Asylgesetz (AsylG), und beim Traktandum 25 um das Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG). Wir werden eine gemeinsame Eintretensdebatte für diese beiden Gesetze durchführen und die normale Reihenfolge der Voten beachten, das heisst, es werden zuerst die Sprecher der Kommissionsmehrheit und der Kommissionsminderheit der SiK sprechen, und danach die Sprecher der Mehrheit und der Minderheit der GSoK. Danach folgen die Fraktionssprecher, und so weiter. Anschliessend werden wir das Traktandum 24 bis und mit Artikel 16, Absatz 2 behandeln. Dies hat einen bestimmten Grund: Der Artikel 16 Absatz 2 hat einen Zusammenhang mit dem Artikel 38 Absatz 1 des zweiten Gesetzes. Wir würden diesen gleich anschliessend behandeln, denn dazu gibt es Anträge, die einander widersprechen. Diese muss man deshalb gleichzeitig beraten. Wenn dies erledigt ist, beraten wir das erste Gesetz zu Ende und kommen dann ganz normal zum zweiten Gesetz.

Die Eintretensdebatte der Traktanden 24 und 25 wird somit gemeinsam durchgeführt. Unseres Wissens werden auch beide Regierungsräte anwesend sein. Ich bitte Sie, dies denjenigen, die jetzt nicht hier sind, weiterzumelden. Vielen Dank.

Wir fahren weiter mit der Debatte über die Erklärung zur Klimapolitik des Grossen Rates. Ich darf Sie bitten, die Gespräche zurückzufahren. Dies gilt auch für jene Fraktionsmitglieder der SVP, die weiter hinten im Saal sitzen. Ich schaue etwas ab, was ich im niedersächsischen Landtag gesehen habe: Dort werden die Leute, die zurechtgewiesen werden, namentlich aufgerufen. (*Heiterkeit / Hilarité*) Ich bitte Sie, ruhig zu sein. Als Nächstes hat David Stampfli von der SP das Wort.

Antrag SVP (Bichsel, Zollikofen)

Ergänzung Präambel: Die nachfolgende Erklärung des Grossen Rates hat richtungsweisenden Charakter. Sie nimmt sachpolitische Entscheide des Kantons nicht vorweg. Die Zuständigkeiten von Regierung, Parlament und die Volksrechte bleiben unangetastet.

Proposition UDC (Bichsel, Zollikofen)

Compléter le préambule : La déclaration du Grand Conseil ci-après donne une direction. Elle n'anticipe en rien sur les décisions du canton dans les divers domaines politiques. Les compétences du gouvernement et du parlement ainsi que les droits politiques restent intacts.

Antrag SP-JUSO-PSA (Stampfli, Bern)

Ergänzung am Ende der Präambel: Der Grosse Rat erklärt deshalb hiermit den Klimanotstand.

Proposition PS-JS-PSA (Stampfli, Berne)

Clore le préambule ainsi : Par conséquent, le Grand Conseil déclare l'état d'urgence climatique.

Antrag SVP (Guggisberg, Kirchlindach)

Ergänzung Ziffer 6: in der Schweiz einzukaufen, Schweizer Produkte zu konsumieren und soweit möglich bei Submissionen regionale Anbieter zu berücksichtigen.

Proposition UDC (Guggisberg, Kirchlindach)

Compléter le chiffre 6 : à acheter en Suisse, à consommer des produits suisses et, dans la mesure du possible, à prendre en compte les soumissionnaires régionaux.

Antrag Grüne (Vanoni, Zollikofen)

Ergänzung, neue Ziffer 7: Um dieser Erklärung besonderen Nachdruck zu verleihen und ihre Dringlichkeit zu betonen, ruft der Grosse Rat – ausgehend vom Aufruf der «Klimastreik»-Bewegung und dem Beispiel anderer Kantone und Gemeinden folgend – den so genannten «Klimanotstand» aus.

Proposition Les Verts (Vanoni, Zollikofen)

Ajout d'un nouveau chiffre 7: Afin de donner un poids particulier à cette Déclaration et d'insister sur son caractère urgent, le Grand Conseil déclare l'état d'urgence dit climatique – en réponse à l'appel lancé par le mouvement de grève pour le climat et comme l'ont fait différents cantons et communes.

Antrag SVP (Knutti, Weissenburg)

Ergänzung, neue Ziffer 8: Der Grosse Rat anerkennt, dass eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung gemäss Bundesverfassung zum nachhaltigen und haushälterischen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen beiträgt.

Proposition UDC (Knutti, Weissenburg)

Ajout d'un nouveau chiffre 8 : Le Grand Conseil reconnaît que la liberté de régulation de l'immigration conformément à la Constitution fédérale contribue à l'utilisation durable et économe de nos ressources naturelles.

Antrag Freudiger, Langenthal (SVP)

Ergänzung, neue Ziffer 9: Der Grosse Rat sieht in der Umnutzung und moderaten Erweiterung bestehender Bauten eine Chance zum nachhaltigen und haushälterischen Umgang mit dem Boden.

Proposition Freudiger, Langenthal (UDC)

Ajout d'un nouveau chiffre 9: Le Grand Conseil voit dans la transformation et l'extension modérée des constructions existantes une opportunité d'utiliser le sol de manière durable et économe.

Antrag SVP (Krähenbühl, Unterlangenegg)

Ergänzung, neue Ziffer 10: Der Grosse Rat leitet Massnahmen in die Wege, um die regulatorischen und rechtlichen Hürden zur Förderung erneuerbarer Energien abzubauen, insbesondere betreffend den Bau neuer Wasser-, Wind- und Solarenergieanlagen.

Proposition UDC (Krähenbühl, Unterlangenegg)

Ajout d'un nouveau chiffre 10 : Le Grand Conseil lance des mesures destinées à éliminer les obstacles juridiques et de régulation à l'encouragement des énergies renouvelables, en particulier en ce qui concerne la construction d'installations de production d'énergie hydraulique, éolienne et solaire.

David Stampfli, Bern (SP). (*Grossrat Stampfli spricht mit sehr lauter Stimme / M. Stampfli parle très fort.*) Guten Morgen miteinander! (*Heiterkeit / Hilarité*) Ich hoffe, Sie sind jetzt alle wach. Es ist

immer eine Ehre, am Morgen als erster zu sprechen. Ich hoffe, dass Sie mir alle gut zuhören. Ich möchte Ihnen gleich zu Beginn kurz die Haltung der SP zu den Anträgen bekannt geben: Wir werden alle SVP-Anträge zur Erklärung des Grossen Rates integral ablehnen. Ich mag mich nicht gross zum Inhalt äussern. Die meisten Anträge befinden sich nicht auf der richtigen Flughöhe. Ich denke, die SVP weiss dies selber. Es ist etwas unglücklich, den anderen Symbolpolitik vorzuwerfen, wenn man dann mit diesen Anträgen genau dies tut. Es ist auch ziemlich ungeschickt, wenn man im ersten Antrag verlangt, dass diese Erklärung überhaupt keinen direkten Einfluss haben und keine Gesetze übersteuern dürfe, aber man im letzten Antrag konkret fordert, dass Gesetze angepasst werden und regulatorische Massnahmen abgebaut werden müssten. Eine Klammerbemerkung: Wir sind inhaltlich durchaus einverstanden, aber hier ist es der falsche Ort; man könnte ja auch noch ganz andere Dinge erwähnen und zum Beispiel das Velofahren fördern. Man könnte die Bevölkerung dazu ermuntern, mehr Velo zu fahren. Dies sind alles gute Dinge, die ich unterstützen würde. Aber hier ist es der falsche Ort dafür. Die SP wird, falls ihr Antrag abgelehnt wird, den Antrag der Grünen unterstützen. Ansonsten wurde sehr vieles bereits gesagt. Viel wichtiger als diese Erklärung zur Klimapolitik sind die Massnahmen; dies ist unbestritten. Ein wichtiger Punkt wurde noch nicht angesprochen: Die Klimapolitik muss immer auch sozial verträglich sein. Wir müssen alle Menschen mitnehmen. Es kann nicht sein, dass wir etwas beschliessen und daraufhin gewisse Leute, die es sich nicht leisten können, auf der Strecke bleiben. Die SP steht dafür ein, dass wir alle Menschen mitnehmen. Konkret heisst dies: Wenn wir die Leute dazu bewegen wollen, vom Auto auf den ÖV umsteigen, müssen wir einen flächendeckenden und bezahlbaren ÖV anbieten. Wenn wir Ölheizungen ersetzen wollen, können sich dies nicht alle Leute sofort leisten. Dies war wohl auch ein Problem bei der abgelehnten Energiegesetz-Vorlage. Hier müsste man Massnahmen ergreifen. Man könnte zum Beispiel einen Fonds einrichten für Personen mit kleinerem Portemonnaie. Alle tollen Massnahmen nützen nichts, wenn wir die Menschen nicht mitnehmen können, und wenn wir sie nicht überzeugen können – siehe Energiegesetz. Wir müssen handeln, und wenn wir handeln können wollen, müssen wir die Bevölkerung mitnehmen. Wir müssen somit recht viel Überzeugungsarbeit leisten. Die SP ist dazu bereit. Wir wollen den Klimawandel bekämpfen. Wir wollen dies sofort tun, und wir wollen es sozial verträglich tun. Vielen Dank für die Unterstützung.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Der Klimaschutz geht uns alle etwas an. Wir können uns diesem Thema nicht mehr verweigern. Der Einfluss des Menschen auf die Klimaveränderung ist unbestritten. Die Folgen des Klimawandels, wie Überflutungen, Dürren, Hitzewellen oder Waldbrände, gehören in vielen Regionen schon zum Alltag. Das Bewusstsein dafür, dass sich etwas ändern muss, ist in den letzten Monaten und Jahren stark angestiegen. Deshalb befassen sich Gesellschaft und Politik in letzter Zeit intensiver mit diesem Thema. Vor diesem Hintergrund ist es klar, dass auch die Politik im Kanton Bern sich diesem Thema nicht verschliessen kann und ihren Beitrag zu einem besseren Klima leisten soll und muss. Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit der vorliegenden Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik befasst. Wir sind uns unserer Verantwortung bezüglich der Klimapolitik bewusst. Es liegt in der Verantwortung von uns allen, künftigen Generationen gut erhaltene natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. Die Auswirkungen unseres Handelns auf den Klimawandel und die schwindende Artenvielfalt sind dabei eine bedeutende Herausforderung. Zielführende Massnahmen müssen jedoch immer ökologisch und ökonomisch nachhaltig sein. Nur so sind sie wirksam und finanzierbar und werden von allen Seiten akzeptiert. Dieses Ziel erreichen wir nur mit Innovation, Fortschritt und guten Rahmenbedingungen, und nicht mit einer starren Verbotspolitik. Wir sind überzeugt von der Eigenverantwortung und der Innovationskraft der Menschen und der Unternehmungen in unserem Kanton. Diese beiden Punkte stehen für die FDP im Vordergrund. In diesem Zusammenhang appellieren wir auch an etwas mehr Gelassenheit und Lockerheit. Es wird schon sehr vieles getan. Dies wurde hier vorne auch schon gesagt. Basierend auf freiwilligen Massnahmen geschieht in der Schweizer Wirtschaft in Sachen Umweltschutz schon einiges, denn Innovation lohnt sich in diesem Bereich gleich doppelt: Ressourcenschonende Verfahren entlasten die Unternehmungen auf der Kostenseite und können ihrerseits wiederum zu Geschäftsideen führen. Die vorliegende Erklärung werden wir in allen Punkten und ohne Abänderung unterstützen. Wir nehmen sie jedoch auch so wahr: als Erklärung. Das heisst, sie soll ein Zeichen setzen und ein Richtungsweiser sein, an dem sich der Grosse Rat orientiert, ähnlich wie die Richtlinien zur Regierungspolitik des Regierungsrates, die ebenfalls bereits Aussagen zur Klimapolitik enthalten. Die vorliegenden Anträge lehnen wir alle integral ab, nicht, weil sie aus unserer Sicht alle schlecht sind, sondern weil sie nicht stufengerecht sind und nicht in dieses Positionspapier hineingehören. Die Forderungen müssen mittels Vorstössen eingebracht und danach selbstverständlich umgesetzt

werden. Die Regeln für den Parlamentsbetrieb gelten für uns nach wie vor, wie etwa, wann ein Vorstoss für dringlich erklärt wird, oder in welchen Zuständigkeitsbereich ein Geschäft fällt. Dass gewisse Geschäfte oder Massnahmen prioritär behandelt werden sollen, erachten wir als kritisch. Diese beiden Punkte gaben in unserer Fraktion am meisten zu diskutieren und lösten die meisten Fragen aus: Wann ist ein Geschäft prioritär zu behandeln, und wann hat ein Geschäft Klimarelevanz? Diese Fragen sind nicht ganz einfach zu beantworten und müssen im Einzelfall beurteilt werden. Deshalb hat die vorliegende Erklärung des Grossen Rates für uns einen richtungsweisenden Charakter, der sachpolitische Entscheide nicht vorwegnehmen kann. Die FDP-Fraktion wird deshalb auf der Linie der BaK diesem Positionspapier einstimmig zustimmen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA spricht Grossrat Egger.

Ulrich Egger, Hünibach (SP). Durch die Umweltproblematik wurde ich überhaupt politisiert und landete schliesslich bei der SP. Beim Thema «Klima» habe ich keine Interessensbindung bekannt zu geben, aber eine Herzensbindung: Ich bin nämlich in Grindelwald geboren und aufgewachsen. Ich habe dort meinen Heimatort und bin auch sonst viel dort unterwegs. Bewusst überblicke ich rund 56 Jahre Klimageschichte des leider ehemaligen Gletscherdorfs. Zusammen mit dem, was mir meine Eltern und Grosseltern erzählt haben, überblicke ich rund ein Jahrhundert. Ich kann mich gut daran erinnern, wie ich vor rund 50 Jahren in die fünfte Klasse ging. Damals trat ich dem WWF bei. Ich weiss heute noch nicht, warum, irgendwie traf etwas per Post ein, das mich überzeugt hat. Die Wissenschaft hat es schon vor 50 Jahren gesagt: Wenn wir jetzt nicht aufhören würden, fossile Brennstoffe aus der Erde zu graben und Kohlenstoffe in die Atmosphäre abzugeben, die die Pflanzen zur Dinosaurierzeit aus der Atmosphäre gefiltert haben, würde die Luft immer wärmer und es gebe einen Treibhauseffekt und einen Klimawandel. Man hat es mir nicht ganz geglaubt, damals in den Sechzigerjahren. Es hatte gerade ein paar strenge Winter gegeben. In Reutigen zum Beispiel hatte man einen Skilift gebaut, weil man dachte, es werde wohl immer so sein, und der obere Grindelwaldgletscher wuchs in einem einzigen Jahr um 156 Meter. Und jetzt, nur fünfzig Jahre später, soll man den Klimanotstand ausrufen? Dies klingt irgendwie unbernisch dramatisch. Warum unterstützt die SP-JUSO-PSA-Fraktion die Ausrufung des Klimanotstands in dem Sinne, wie es Bruno Vanoni geschildert hat? Die Antwort ist einfach und klar: Um die wertvolle und kompetente Vorarbeit der BaK unter Peter Flück zu würdigen, um zu unterstreichen, dass wir die bernische Gemütlichkeit beim Klimaschutz ablegen und in unbernischer Weise Gas geben müssen, am besten natürlich Biogas. Wir wollen, dass unsere Kinder und Grosskinder auch noch wissen, was ein Gletscher ist, und was eine grüne und fruchtbare Schweiz ist.

Ist noch ein Beispiel gefällig? Ich habe noch eines aus dem Kandertal. Letzten Sommer bin ich durch das Gasterntal über den Kanderfirn zur Mutthornhütte gewandert. Hinten im Gasterntal hat es angefangen: Rutschen, Steinschlaggebiet mit mehrfamilienhausgrossen Steinblöcken, weil er ehemalige Permafrost den Felsen nicht mehr zusammenhält, und ein Senn, der mit nachdenklichem Blick den Zaun talauswärts verlegt hat, weil die hintersten Wiesen unter Steinen begraben waren und er das Vieh nicht der Gefahr eines Steinschlags aussetzen wollte. Als wir nach stundenlanger Wanderung ins ehemalige Gletschergebiet über Randmoränen auf die Reste des Gletschers sties- sen, was trafen wir an? Mit Wasser gefüllte Gletscherspalten, reissende Bäche auf dem Gletscher, die uns zu Umwegen zwangen, und manchmal auch Matsch, in dem man bis zu den Knien versank. Das Sterben unserer Gletscher ist dramatisch. Wer dies noch nicht gemerkt hat, wer noch nicht gemerkt hat, dass es in Sachen Klima fünf vor zwölf ist, ist entweder blind, unbelehrbar oder Mitglied einer Erdölvereinigung wie zum Beispiel Swissoil. Ich bin froh, dass hier in diesem Saal noch niemand das Verschulden des Menschen in Sachen Klimawandel in Frage gestellt hat, sondern dass die meisten von Ihnen die wirtschaftlichen Chancen, die Möglichkeiten der Innovation sehen, die eine gute Klimapolitik bietet. Stimmen Sie deshalb allen Punkten, welche die BaK vorschlägt, zu, und auch dem Antrag der SP. Vielen Dank.

Präsident. Als nächste Sprecherin für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Marianne Dumermuth das Wort.

Marianne Dumermuth, Thun (SP). Ich habe mir Gedanken zum Thema Verantwortung gemacht. Zur Verantwortung, die wir hier als Parlament im Kanton Bern übernehmen sollen. Häufig wird die Frage gestellt, warum gerade der Kanton Bern Verantwortung übernehmen solle. Der Klimawandel sei doch ein weltweites Phänomen; was könnten wir denn schon dazu beitragen? Ich möchte meine Gedanken nicht zuletzt an Reden von Professor Reto Knutti anknüpfen. Dieser hat letztes Jahr den

Preis der Brandenberger-Stiftung im Umfang von 200 000 Franken erhalten. Er ist Klimaphysiker und lehrt an der ETH. Den Preis erhielt er für seine Leistung in der Erforschung des Klimawandels und für die Vermittlung dieser Forschungsergebnisse. Zurück zur Frage: Warum der Kanton Bern? Ja, es stimmt, es ist ein weltweites Phänomen. Aber wie wollen wir ein Problem lösen, wenn wir nicht alle dazu beitragen? Dazu gibt es ein Lieblingszitat von mir aus dem Theaterstück «Die Physiker» von Max Frisch: «Was alle angeht, können nur alle lösen.» Oder auch: «Was schon einmal gedacht wurde, kann man nicht mehr zurücknehmen.» Auch dies stammt aus «Die Physiker». Es ist somit nicht so, dass wir alleine etwas tun, sondern die ganze Welt ist dazu verpflichtet. Wir haben weltweit gemeinsame Ziele formuliert, und diese können nur erreicht werden, wenn niemand ausser Acht lässt. Dies ist eine Gefahr, weil andere dann nachziehen und die Haltung einnehmen könnten, dass sie auch nichts tun müssen.

Es gibt in der Politik eine gemeinsame, aber sogenannte «differenzierte» Verantwortung. Differenziert heisst, dass diejenigen, die mehr verursachen, auch mehr beitragen sollen. Wir kennen ja das Verursacherprinzip. Unser schweizerischer ökologischer Fussabdruck ist höher als jener in manch anderem Land. Hier kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu: Wir haben die Möglichkeit, mehr zu bezahlen; wir sind ein reiches Land.

Folgendes erscheint mir ebenfalls ausserordentlich wichtig zu sein: Wir haben das Wissen. Das Wissen hat im Kanton Bern eine sehr lange Tradition, weil Professor Thomas Stocker ein sehr berühmter Klimaforscher ist, der den Kanton Bern bei diesem Thema zu Weltruhm brachte. Professor Knutti ist sein Doktorand. Diese Tradition wird somit weitergeführt, nicht in Bern, aber an der ETH. Aufgrund all dieser Überlegungen appelliere ich an unsere Verantwortung im Kanton Bern, und ich möchte sagen, dass es mich, und sicher noch andere Leute, unsere Bevölkerung, sehr freuen würde, wenn wir diese ausgewogene Erklärung einstimmig annehmen könnten.

Präsident. Als nächster Sprecher für die BDP hat Bernhard Riem das Wort. Die BDP hat noch 3 Minuten und 25 Sekunden zugut.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Hier noch ein paar Gedanken zur Klima-Erklärung aus einer spezifischen Optik, nämlich aus der Sicht eines Bauern. Ich unterstütze die vorliegende Erklärung mit Überzeugung. Sie hebt sich ab von vielen aufgeregten Forderungen, die in dieser Zeit herumgehen. Sie gibt eine Art Stossrichtung vor. Bei uns im Grossen Rat wird die Verantwortung liegen, Massnahmen zu beschliessen, ohne die persönlichen Freiheiten der Bernerinnen und Berner zu stark zu beschränken, und vor allem ohne bürokratische Monster zu kreieren. Klimaschutzmassnahmen werden allerdings etwas kosten, und dazu bin zumindest ich bereit. Wir dürfen die Verantwortung nicht einfach auf andere abschieben. Die starke Erwärmung des Klimas bringt uns Bauern Nachteile. Trockenperioden verursachen schon heute hohe Kosten. Wenn sie zunehmen, wird dies zu grossen Schwierigkeiten führen. Wetterprobleme hat es immer schon gegeben. Aber noch ausgeprägtere Wetterextreme können desaströse Folgen haben. Dies will ich nicht. Es trifft nicht nur die Bauern, sondern auch die Konsumenten. Die weltweite Nahrungsmittelproduktion kennt eben nicht nur den Überfluss. Andere Menschen wissen dies besser; wir Schweizer können das Essen einfach kaufen. Wir Bauern tun gut daran, die Klimaerklärung ernst zu nehmen. Neben der Verhinderung langfristiger Schäden sehe ich für uns Bauern und für das Gewerbe auch wirtschaftliche Chancen, wenn wir uns klimafreundlich verhalten und zum Beispiel erneuerbare Energien verwenden, anstatt Öl und Gas zu importieren. Dies ist nur ein Beispiel. Hier liegt ein riesiges Potenzial. Auf unserem Betrieb setzen wir seit Jahren auf diese Karte und sind bisher gut damit gefahren. Ich bitte die Vertreterinnen und Vertreter der Landwirtschaft, dieser Erklärung zuzustimmen. Wir sind stärker betroffen als andere, und wir können mithelfen, Alternativen zu bieten.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Mit der Klimadebatte beschäftigen wir uns mit einem politischen Thema, welches einige Besonderheiten aufweist. Während wir politischen Entscheidungsträger uns gewohnt sind, in Zeiträumen von vielleicht einer Legislaturperiode zu denken und zu handeln, sind wir hier herausgefordert, einen Zeitraum von mehreren hundert Jahren im Blick zu behalten. Als EDU-Fraktion anerkennen wir, dass die Erderwärmung der letzten 150 Jahre in einem starken Zusammenhang mit dem erhöhten Ausstoss von Treibhausgasen steht, obwohl das Erdklima von einer Vielzahl an Faktoren abhängt. Dafür scheinen wir Menschen verantwortlich zu sein. Somit liegt es in unserer Verantwortung, auf den zukünftigen Ausstoss von Treibhausgasen Einfluss zu nehmen.

Dabei sind wir mit besonderen Herausforderungen konfrontiert: Einem Nutzen in weit entfernter Zukunft stehen Verzichtsmassnahmen gegenüber, die jetzt getroffen werden sollten, Massnahmen,

die global gesehen jedoch kaum eine Wirkung haben. So machen die Treibhausgasemissionen der Schweiz nur 0,1 Prozent der globalen Emissionen aus, diejenigen des Kantons Bern somit etwa 0,01 Prozent. Selbst wenn wir aus purem Idealismus mit einem Kraftakt die CO₂-Nettoemissionen innerhalb der nächsten Jahre auf null senken könnten, würden wir dadurch so gut wie nichts zur Entschärfung der Folgen der Klimaerwärmung getan haben. Diese Tatsache darf uns einerseits nüchtern machen, sie soll jedoch nicht als Ausrede dafür dienen, nichts zu tun. Vielmehr zeigt diese Tatsache auf, dass es zur Abschwächung der Klimaerwärmung unbedingt eine global koordinierte Vorgehensweise braucht. Wichtige erste Schritte sind zum Beispiel mit dem Kyoto-Protokoll und dem Pariser Klimaabkommen beschlossen worden. Mit der Ratifizierung des Übereinkommens von Paris hat sich die Schweiz verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Diese Art von Abkommen ergibt nur einen Sinn, wenn jedes Land verbindlich zur Zielerreichung beiträgt. Für die Schweiz gibt es keinen Grund, das verbindlich vereinbarte Ziel des Pariser Klimaabkommens nicht erreichen zu können. Wir sind mit Wohlstand und Innovationsgeist gesegnet, womit wir auch in Zukunft eine technologische Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Produkten und Ideen einnehmen können, die uns dabei helfen, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Ein kleines Beispiel: Ich bin gestern zum ersten Mal mit dem E-Bike von Hilterfingen hier hergefahren. Das sind 31 Kilometer. Ich bin total begeistert. Noch vor ein paar Jahren hatte ich ein Benzinauto. Dann bin ich auf ein kleines Elektroauto umgestiegen, und jetzt aufs E-Bike. Zeitlich kommt es mehr oder weniger auf dasselbe heraus. Aber mit dem E-Bike und dank diesem Akku hier (*Grossrat Kullmann hält den Akku des E-Bikes in die Höhe. / M. Kullmann tient en l'air la batterie de son vélo électrique.*) brauche ich etwa 43-mal weniger Energie für die Fahrt von Hilterfingen ins Rathaus. Dies begeistert mich, und es zeigt mir, dass der technologische Fortschritt uns grosse Möglichkeiten eröffnet.

Was ist jedoch die Aufgabe der Politik, beziehungsweise, ganz konkret, unsere Aufgabe als Mitglieder dieses Parlaments? Als EDU-Fraktion nehmen wir folgende Position ein: Der Kanton Bern soll anteilmässig einen gerechten Beitrag an die Reduktion von Treibhausgasen in der Schweiz leisten. Wenn die angestrebte Reduktion ohne zusätzliche politische Massnahmen nicht erreicht wird, steht die Politik in der Verantwortung, entsprechende Anreize zu verstärken. Die EDU-Fraktion hat sich bereits in der Vergangenheit für die Förderung der Windenergie, für den Aus- und Neubau von Wasserkraftwerken, für die Förderung des Velos, für die stärkere Nutzung von alternativen Antrieben im Verkehr und für eine umweltschonende Sharing Economy eingesetzt. Wir sind auch bereit, dies in Zukunft weiterhin zu tun. Ziele, die jedoch über das Klimaabkommen von Paris hinausgehen, soll jede Bürgerin und jeder Bürger aus persönlicher Überzeugung durch die Wahrnehmung der Selbstverantwortung anstreben. Hier besteht sicher auch ein grosser Handlungsspielraum.

Zur vorliegenden Erklärung und den Abänderungsanträgen: Aufgrund all dieser Überlegungen ist die EDU-Fraktion bereit, der Erklärung zur Klimapolitik zuzustimmen, auch wenn wir die Automatisierung von Prioritäten skeptisch betrachten. Wir werden daher den Abänderungsantrag der SVP unterstützen, der den richtungweisenden Charakter dieser Erklärung in der Präambel präzisiert. Für eine Mehrheit der Fraktion stellt dieser Abänderungsantrag auch die Bedingung für die letztendliche Zustimmung zur Klimaerklärung dar. Die EDU-Fraktion lehnt es ab, einen Klimanotstand auszurufen. Das Wort «Notstand» kommt in der Verfassung unseres Kantons [*Verfassung des Kantons Bern, KV / Constitution du canton de Berne, ConstC*] ein einziges Mal vor, und zwar im Artikel 91: «Ausserordentliche Lagen». Dort steht: «Der Regierungsrat kann ohne gesetzliche Grundlage Massnahmen ergreifen, um eingetretenen oder unmittelbar drohenden Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie sozialen Notständen zu begegnen. [...]» Wir sind der Ansicht, dass die globale Erderwärmung ernst zu nehmen ist, und dass die Politiker und Bürger in der Verantwortung stehen. Angesichts der Tragweite des Begriffs «Notstand» finden wir diesen jedoch für die Klimaerklärung nicht angebracht.

Den weiteren Abänderungsanträgen aus den Reihen der SVP bringen wir unterschiedliche Sympathien entgegen. Sie scheinen uns jedoch nicht alle inhaltlich für diese Erklärung geeignet zu sein. Am ehesten ist die Relevanz des Abänderungsantrags zu Ziffer 10 gegeben. Wir werden deshalb dem Antrag Krähenbühl einstimmig zustimmen.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Ich darf im Namen der SVP-Fraktion Erläuterungen abgeben zum Antrag, dass man den Klimanotstand ausrufen solle. Der Vorredner, Samuel Kullmann, hat es gerade gesagt: Ein Notstand setzt eine unmittelbare Gefahr voraus und hat zur Folge, dass sich Behörden über bestehendes Recht hinwegsetzen können. Man müsste auch die demokratischen Regeln nicht

mehr einhalten. Die Tatsache, dass wir hier darüber diskutieren, zeigt ja gerade, dass wir dies nicht wollen: Wir wollen uns nicht über die demokratischen Regeln hinwegsetzen. Daraus folgt eigentlich schon, dass die Voraussetzungen für die Ausrufung eines Notstands nicht gegeben sind. Es ist möglich, die Folgen des Klimawandels durch politische Aktionen zu beeinflussen. Dies ist möglich. Deshalb liegt keine Notstandssituation vor. Wenn man nun sagt, man würde den Begriff «Notstand» hier etwas anders verstehen, möchte ich davor warnen, dass alle für sich die Begriffe selber definieren und hier erklären, wie sie diesen Begriff verstehen. Wenn man dies tut, dann können wir irgendwann nicht mehr miteinander sprechen. Wenn irgendeinmal jemand sagt, er verstehe den Begriff so, und der andere verstehe ihn anders, dann entsteht keine demokratische Diskussion mehr. Dies wäre nicht gut. Deshalb mache ich Ihnen beliebt, diese Anträge abzulehnen.

Ich möchte noch kurz etwas zu den Anträgen der SVP sagen. Ich habe vieles gehört, was an diesen nicht gut sei. Die einen sagten, sie seien zu selbstverständlich. Jemand hat gesagt, sie seien zu konkret, oder es sei der falsche Ort oder die falsche Flughöhe, aber sie seien inhaltlich gar nicht so falsch. Ich empfehle Ihnen, im Sinne der Zusammenarbeit, für die hier auch schon argumentiert wurde, diese Anträge differenziert anzuschauen. Wenn ich diese Anträge lese, kann ich mir gar nicht vorstellen, dass diese alle so verkehrt sein sollen und keinen Platz in einer solchen Erklärung haben. Ich fände es schade, wenn man all unsere Anträge global ablehnte. Ich schlage Ihnen vor, dies differenziert anzuschauen. Noch zu David Stampfli, der gesagt hat, die konkreten Massnahmen seien wichtig. Ich sehe dies genau gleich. Er hat noch etwas anderes, Wichtiges gesagt: Er hat gesagt, die Nachhaltigkeit habe nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Dimension. Sie hat auch eine ökonomische Dimension, sie ist eben dreidimensional. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker wird sein, hier Lösungen zu erstreiten, die diese drei Dimensionen der Nachhaltigkeit respektieren, denn nur so wird es uns überhaupt gelingen, Mehrheiten zu finden.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Wir haben in dieser Diskussion gehört, dass die Erklärung zur Klimapolitik nicht viel bringe, weil wir keine konkreten Massnahmen daraus ableiten würden. Dieser Einwand ist selbstverständlich richtig. Aber was die Erklärung zur Klimapolitik tun soll, ist folgendes: Sie soll zu denken geben. Dies hat sie wahrscheinlich getan. Aufgrund der langen Rednerliste stelle ich fest, dass dieses Thema tatsächlich zu denken gegeben hat. Deshalb möchte ich bei zwei Stichworten, die zum Teil mehrmals genannt wurden, den Moment nutzen, um noch ein wenig weiterzudenken. Das erste Stichwort ist die Eigenverantwortung. Ich finde diese etwas sehr Gutes. Sie ist überall dort sehr hilfreich, wo ich zumindest zu einem gewissen Teil selber betroffen bin. Bei der Helmpflicht für Velofahrer kann man die Eigenverantwortung wunderbar heranziehen, denn wenn ich stürze, schlage ich meinen eigenen Kopf auf dem Trottoir auf, und keinen anderen. Wenn es jedoch um ein gesellschaftliches Anliegen geht, sticht die Eigenverantwortung nicht mehr, weil die direkte, unmittelbare Betroffenheit überhaupt nicht mehr da ist. Deshalb braucht es eine gesellschaftliche Verantwortung, und deshalb braucht es eine Erklärung des Parlaments, der Legislative des Kantons Bern, welche der Regierung und der Verwaltung sagt: «Jawohl, dies ist der Pfad, in diese Richtung wollen wir weitergehen.»

Das andere Thema, welches erwähnt wurde, und zu welchem ich etwas weiterdenken möchte, ist die Zuwanderung. Es ist tatsächlich so, dass die Zuwanderung im Kontext des Klimas eine grosse Bedeutung erhalten wird. Mehrere Millionen Menschen können bei einer Klimaerwärmung um fünf oder sechs Grad nicht mehr an ihrem heutigen Ort leben. Diese Millionen werden nicht einfach vor sich hin krepieren, sondern sie werden aufbrechen und in Länder ziehen, wo ein Weiterleben möglich ist. Man kann dies mit Mauern bekämpfen. Man kann im internationalen Fernsehen zuschauen, wie diese Leute krepieren, oder man kann etwas tun. Die Thematik der Zuwanderung ist essentiell, wenn es ums Klima geht. Deshalb müssen wir Schritte unternehmen.

Dies waren die beiden Punkte, die ich aufgegriffen habe, um weiterzudenken.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Regine Fuhrer.

Regine Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP). Der Klimawandel, die Klimakrise, der Klimanotstand sind zurzeit nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit ein wichtiges Thema. Sie sind ein Thema, eine Problematik, welche die Menschen bewegt. Es ist aber nicht einfach «in» oder «hip», darüber zu sprechen. Es ist höchste Zeit, dass die Klimaveränderung weltweit ernst genommen wird und Lösungen angepackt werden. «Weltweit» bedeutet ganz klar, dass auf jeder Ebene, sei es international, national oder kantonale, wie hier im Grossen Rat, bei den Gemeinden, aber auch bei jedem und jeder für sich persönlich die wichtigen, dringenden Schritte getan werden. Die Landwirtschaft arbei-

tet mit der Natur, mit der Umwelt zusammen. Eine gesunde Umwelt, ein gesundes Klima sind die Voraussetzungen für die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion. Die Landwirtschaft ist schon jetzt von der Klimaveränderung betroffen. In der Landwirtschaft sind die Auswirkungen der Klimaveränderung klar und ganz direkt spürbar. Die Intensität der Niederschläge, das Hochwasser, aber auch Trockenperioden und Dürren haben zugenommen. Das Ökosystem ist durch die Klimaveränderung instabiler geworden. Eine Zunahme neuer Schädlinge und Pflanzenkrankheiten findet statt. Es gibt Schädlinge und Pflanzenkrankheiten, die sich durch die Erwärmung vermehrt ausbreiten und durch die allzu warmen Winter nicht mehr dezimiert werden. Die Landwirtschaft kann solche Klimaveränderungen nicht wegleugnen. Wir spüren sie. Die Herausforderungen für uns sind gross. Sie sind gross bei den Anpassungen an die veränderten Witterungsverhältnisse.

Aber die Landwirtschaft ist nicht nur vom Klimawandel betroffen. Eine intensive Landwirtschaft ist auch Mitverursacherin. Die Landwirtschaft ist somit doppelt gefordert. Einerseits gilt es, ein Produktionssystem zu entwickeln, welches gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels möglichst stabil bleibt. Andererseits muss die Landwirtschaft den Klimawandel mit geeigneten Massnahmen mindern. Eine nachhaltige, ökologische und regenerative Landwirtschaft kann ganz klar zu einem wirkungsvollen Klimaschutz beitragen. Sie kann zum Beispiel wesentlich CO₂ binden und Humus aufbauen. Nehmen wir also als Grosse Rat des Kantons Bern, als politisch Verantwortliche des Kantons, die dringend nötigen und wichtigen Aufgaben in Bezug auf die Klimaveränderung wahr. Nehmen wir diese Problematik ernst, gerade auch im Interesse der Landwirtschaft, im Interesse der Bauern und Bäuerinnen, und erklären wir den Klimanotstand. Stimmen wir zusammen mit dem Klimanotstand der Erklärung des Grossen Rates vorbehaltlos zu.

Peter Dütschler, Hünibach (FDP). Es wurde schon sehr vieles gesagt. Ich möchte mich für diese Diskussion bedanken. Trotzdem komme ich noch rasch hier ans Rednerpult. Ich denke, wir sind einen grossen Schritt weitergekommen, denn das, was mich am meisten provoziert, was mich schon als Bub am meisten provoziert hat und es heute noch tut, ist die Gesprächsverweigerung oder die Ignoranz. Ich habe den Eindruck, dass niemand das Problem abgestritten hat. Ich denke, wir sind uns einig, dass ein Problem besteht.

Nun möchte ich Ihnen noch die Hoffnung geben. Wir sprechen von «Notstand», oder wir wollen von einem Notstand sprechen. Aber das Klimaproblem ist eines der wenigen politischen Probleme, die wir lösen können! Dies stimmt zuversichtlich. Das Militärproblem lösen wir nicht, und das soziale Problem lösen wir ebenfalls nicht, und wir werden in diesem Rat auch in dreissig Jahren noch Finanzprobleme haben, auch wenn dann andere darüber diskutieren werden. Aber das Klimaproblem können wir lösen, wenn wir wollen! Stellen Sie sich vor, es wäre gelöst: Dann wäre es nicht schlechter, sondern besser. Der Selbstversorgungsgrad wäre grösser, denn mit der Transformation von den fossilen Brennstoffen zur Sonnenenergie wird der Selbstversorgungsgrad grösser, die Nachhaltigkeit ist grösser, die Luft ist besser, und langfristig ist es auch kostengünstiger. Mit den Milliarden, die wir jedes Jahr rauslassen, könnten wir drei Gotthard-Tunnel bauen. Ich will Ihnen damit folgendes sagen: Haben Sie ein wenig Freude daran! Als Unternehmer weiss ich: Die besten Leistungen erhalte ich von meinem Team, wenn ich die Leute für ein Projekt begeistern kann und sie mithelfen. Haben Sie etwas mehr Freude am Klima! (*Heiterkeit / Hilarité*). Damit können wir die Schweiz an einem ganz anderen Ort aufstellen. Es braucht Leute, die vorausgehen. Wenn wir das Problem für uns gelöst haben, ist es für die Welt noch nicht besser, aber wir können Vorbild sein. Auch dies ist ein positives Gefühl. Vor allem haben auch genügend Leute gesagt, dass wir uns gut überlegen müssen, in welcher Geschwindigkeit wir vorgehen wollen. Ich habe nicht gesagt, wir müssten morgen alles umsetzen. Wir müssen alle mitnehmen können. Es muss sich auch rechnen. Aber ich kann Sie auch hier trösten: Ich war am Swiss Economic Forum, wie ein paar andere auch. Von den neun Preisträgern haben sechs nachhaltige Produkte eingebracht, die prämiert wurden. Auch die Sieger hatten nachhaltige Produkte. Ich denke, die Industrie nimmt dies auf. Sie braucht etwas Zeit. Aber bremsen Sie sie nicht, auch die Landwirtschaft nicht! Ich möchte Ihnen einfach folgendes mitgeben: Haben Sie ein wenig Freude am Klimawandel. Wir können diesen beeinflussen. Es ist wohl das einzige Problem, das wir gemeinsam lösen können.

Präsident. Es hat sich jetzt grad noch jemand eingetragen. Bitte tragen Sie sich jetzt noch ein. Wir haben hier keinen Regierungssprecher. Wir möchten die Rednerliste schliessen und rechtzeitig klingeln, damit diejenigen Leute, die allenfalls gerade draussen sind, hereinkommen können.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Es ist jetzt der zweite Tag, an dem wir über diese Klimaerklärung diskutieren. Nach einer so langen Debatte ist es Zeit, ein Fazit zu ziehen, zumal wir als Fraktion noch etwas Redezeit zur Verfügung haben. Das Fazit der SVP fällt, muss ich sagen, ernüchternd aus. Die SVP-Fraktion wäre bereit gewesen, über ihren Schatten zu springen. Wir haben erhebliche Bedenken, was die Formulierung dieser Klimaerklärung angeht. Diese ist geprägt von Aktionismus, von Symbolik und fehlendem Willen zum Konkreten. Wenn man ein wenig über den Tellerrand hinaus in den angelsächsischen Raum schaute, hätte man erkannt, dass der Intergovernmental Panel on Climate Change (Weltklimarat, IPCC) alles andere als ein objektives, nur wissenschaftliches und über alle Zweifel erhabenes Gremium ist. Der IPCC ist im Gegenteil höchst anfällig für politische Einflüsse und dafür, dass man den Klimawandel politisch darstellt, um möglichst haarsträubende Prognosen zu erhalten. Wir haben Bedenken gegenüber den Darlegungen des IPCC, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wären über unseren Schatten gesprungen. Wenn eine Mehrheit mitgeholfen hätte, die Klimapolitik überparteilich anzugehen, anstatt dann, wenn eine Lösung von der SVP kommt, zu sagen, man wolle Klimapolitik lieber im rot-grünen Gärtchen betreiben, wenn also der Wille zu einer überparteilichen Lösung von der anderen Seite gekommen wäre, dann wären wir über unseren Schatten gesprungen und hätten zugestimmt. Wir haben nun aber den Erklärungen der Sprecher entnommen, dass unsere Erklärungen Schiffbruch erleiden werden. Man will die Klimapolitik offenbar weiterhin im eigenen Gärtchen betreiben. Das ist parteipolitisch interessant, aber der Sache dient es vielleicht weniger. In diesem Sinne werden wir zu einer solchen von Aktionismus geprägten Erklärung nicht Hand bieten können. Es hat durchaus etwas mit Ignoranz zu tun, wenn man – um ein Wort eines Vorredners zu verwenden – die Klimapolitik immer nur als «Politik für höhere Steuern und Abgaben» verstanden haben will, aber nicht im Ansatz bereit ist, einmal darüber zu sprechen, welche Folgen eine Masseneinwanderung für unsere natürlichen Ressourcen, namentlich für unseren Grund und Boden, hat, und welche Folgen es hat, wenn man immer neue Flächen einzonen muss, weil wir immer mehr Raum für immer mehr Leute schaffen müssen. Man hat auch gesagt – ich glaube, es war der BaK-Sprecher – dass man die Erklärungen der SVP mit Wohlwollen zur Kenntnis nehme, diese jedoch nicht die richtige Flughöhe hätten. Was ist denn die richtige Flughöhe? Ist die richtige Flughöhe nur Symbolik? Liebe Frauen und Männer, ich denke, wir haben mit dieser Klimaerklärung so viel warme Luft produziert, dass wir alle eine Umweltabgabe dafür entrichten müssten (*Heiterkeit / Hilarité*). Die SVP-Fraktion wird Sie dann daran erinnern, wie uns diese Klimaerklärung einholt, wenn unser Tagesgeschäft davon bestimmt sein wird, dass man gestützt auf diese Klimaerklärung parteipolitische Forderungen zu legitimieren versucht.

Wir werden dieser Erklärung ohne unsere Abänderungen nicht zustimmen. Wir werden stattdessen im Konkreten für Nachhaltigkeit sorgen, wie wir es bisher getan haben. Wir werden als Partei immer dafür sein, dass Wasserkraft- und Windkraftprojekte effizient und schnell bewilligt und nicht aus falsch verstandener Umweltpolitik künstlich verhindert werden. Wir werden dafür kämpfen, dass man namentlich bei Plangenehmigungen von Eisenbahnunternehmen den Umweltschutz nicht einfach beiseitelässt, sondern etwas genauer hinschaut. Ein Beispiel ist Riedbach, wo Wald geopfert werden soll. Die Landwirte werden nachhaltig produzieren, und wir werden schauen, dass die bestehenden Gebäude effizient umgenutzt werden. Wir sind konkret engagiert für die Umwelt, aber ohne Aktionismus.

Präsident. Auf die Sekunde wurden die verbleibenden vier Minuten aufgebraucht. (*Heiterkeit / Hilarité*) Als nächster Sprecher spricht David Stampfli. Ich werde die Rednerliste in einer Minute schließen.

David Stampfli, Bern (SP). Ich nehme den Ball von Patrick Freudiger auf. Wir haben es mehrfach gehört: Das hier ist erst der Anfang. Wir beschliessen erst einmal diese Erklärung, und danach wird es konkret: Wir wollen Massnahmen treffen. Ich habe es fast von allen Parteien gehört: Wir wollen Massnahmen treffen, die wirklich auch greifen. Hier werden wir sehr gerne auf die SVP zukommen, aber vielleicht nicht bei allen Massnahmen. Vieles, was Patrick Freudiger erwähnt hat, können wir durchaus auch unterstützen. Gerade in dieser Session zum Beispiel ist das Thema Wasser wichtig, es geht darum, wie man die Wasserkraft stärken kann.

Ich danke Ihnen für die sehr spannende und konstruktive Debatte. So wie es aussieht, werden wahrscheinlich alle Anträge abgelehnt werden. Es ist ein wenig schade um den Klimanotstand. Wir bedauern dies. Letztendlich ist es uns jedoch wichtig, dass diese Erklärung durchkommt. Wenn ich dieser Debatte zugehört und gehört habe, dass zumindest von den Grünen und der SP bis zur FDP

und der BDP alle überzeugt sind, dass es diese Erklärung zur Klimapolitik braucht und es wichtig ist und wir der Bevölkerung signalisieren wollen, dass wir dies ernst nehmen, dann bereitet mir dies grosse Freude. Es zeigt, dass wir es ernst nehmen. Wenn es dann um die konkreten Massnahmen geht, möchte ich gerne darauf zurückkommen. Vielen Dank. Die Bevölkerung wartet auf uns.

Ein letzter Punkt: Wie gesagt, müssen wir die Bevölkerung mitnehmen. Raphael Lanz hat es erwähnt: Es ist richtig, es muss für die Bevölkerung bezahlbar sein. Ich weiss nicht genau, was mit «Ökonomie» gemeint war. Die Ökonomie, das sind nicht nur die Unternehmen, das ist die gesamte Volkswirtschaft. Ich hoffe, dass wir beim nächsten Mal, wo wir ein Energiegesetz beschliessen wollen, nicht noch eine Referendumsabstimmung brauchen, sondern es hier drin einheitlich beschliessen können, denn die Zeit drängt.

Präsident. Besten Dank. Ich möchte mich dem Dank für die sehr disziplinierte Debatte anschliessen. Man ist aufeinander eingegangen. Nun kommen wir zum Ausmehren der verschiedenen Anträge. Das heisst, wir mehren sie nicht aus, sondern stimmen darüber ab, Entschuldigung. Zum Antrag SVP, Bichsel, Ergänzung zur Präambel: Wer den Antrag annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Antrag Bichsel)

Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; proposition Bichsel)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 50

Nein / Non 99

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben diesen Antrag abgelehnt, mit 99 Nein- gegen 50 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zum Antrag SP-JUSO-PSA auf Ergänzung zur Präambel: Wer diesen Antrag annimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Antrag SP-JUSO-PSA)

Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; proposition PS-JS-PSA)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 58

Nein / Non 90

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben auch diesen Antrag abgelehnt, mit 90 Nein- gegen 58 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Zum Antrag SVP auf Ergänzung der Ziffer 6. Wer diesen Antrag annimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Antrag SVP, Ziff. 6)

Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; proposition UDC, ch. 6)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 50

Nein / Non 99

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben diesen Antrag abgelehnt, mit 99 Nein- gegen 50 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Zum Antrag Grüne auf eine neue Ziffer 7: Wer diesen Antrag annimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Antrag Grüne, Ziff. 7)
Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; proposition Les Verts, ch. 7)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 56

Nein / Non 93

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben diesen Antrag abgelehnt, mit 93 Nein- gegen 56 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Zum nächsten Antrag SVP auf eine neue Ziffer 8: Wer diesen Antrag annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Antrag SVP, Ziff. 8)
Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; proposition UDC, ch. 8)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 49

Nein / Non 102

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesen Antrag abgelehnt, mit 102 Nein- gegen 49 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Zum Antrag SVP auf eine neue Ziffer 9: Wer diesen Antrag annimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Antrag SVP Ziff. 9)
Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; proposition UDC, ch. 9)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 48

Nein / Non 99

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben diesen Antrag ebenfalls abgelehnt, mit 99 Nein- zu 48 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Wir kommen zum Antrag SVP, Krähenbühl auf eine neue Ziffer 10 – es wäre wohl eine andere Ziffer, wenn sie aufgenommen würde. Wer diesen Antrag annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Antrag SVP, Krähenbühl, Ziff. 10)
Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; proposition UDC, Krähenbühl, ch. 10)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 55

Nein / Non 82

Enthalten / Abstentions 13

Präsident. Sie haben auch diesen Antrag abgelehnt, mit 82 Nein- gegen 55 Ja-Stimmen bei 13 Enthaltungen. Damit wurden sämtliche Ergänzungen oder Anträge auf neue Ziffern abgelehnt. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über die Erklärung. Wer die Erklärung des Grossen Rates genehmigt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Erklärung mit angenommenen Anträgen)
Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; déclaration avec propositions adoptées)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 101

Nein / Non 41

Enthalten / Abstentions 9

Präsident. Sie haben die Erklärung des Grossen Rates angenommen, mit 101 Ja- gegen 41 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen. Vielen Dank.